

Vergrössern allein macht nicht selig

Autor(en): **Allmen, Emil von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **58 (2003)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«10'000 Bauern sind genug»

In der WOZ vom 12. Dezember 2002 holt der frühere Präsident der SP Schweiz, Peter Bodenmann, mit einem Offenen Brief an seinen Parteikollegen Franco Cavalli quasi zu einem Rundumschlag aus. Was da als parteiinterner Richtungsstreit ausgetragen wird, könnte dem Rest der Welt eigentlich egal sein. Aber Peter Bodenmann ist nicht irgend ein anonymer Hinterbänkler. Seine Stimme hat durchaus ein Gewicht, so dass es sich lohnt, sich mit seinen Gedanken über Wirtschaft und Landwirtschaft auseinander zu setzen.

Nachhaltiges Wachstum

Ich zitiere aus dem erwähnten Brief:

«Wirtschaftspolitik gehört ins Zentrum jeder linken Politik. Seit zehn Jahren wächst in der Schweiz das Bruttoinlandprodukt pro Kopf nicht mehr. Wer im Interesse der Lohnabhängigen politisiert, muss aufzeigen, wie nachhaltiges und kräftiges wirtschaftliches Wachstum zu schaffen ist.»

Darüber, wie Nachhaltigkeit und kräftiges Wachstum unter einen Hut zu bringen sind, schweigt sich Bodenmann wohlweislich aus. Einer von seinem Kaliber müsste eigentlich wissen, dass sie sich per definitionem ausschliessen. Wirtschaftswachstum ohne Verschleiss von nicht erneuerbaren Ressourcen ist nach der heute üblichen Lesart praktisch nicht möglich.

Wenn der Walliser Hotelier in seinem Text weiter die hohen Bodenpreise und dadurch hohen Mieten anprangert, kann ich dies problemlos nachvollziehen. Interessant wäre zu erfahren, wie

Bodenmann die Bodenfragen möchte. Möglicherweise genau so radikal, wie er die Landwirtschaft umstrukturieren möchte.

Landwirtschaft

Zitat: «Mehr als 10'000 Bauernbetriebe, die je 100 Hektaren ökologisch bewirtschaften, braucht die Schweiz mittelfristig nicht. Die Linke müsste endlich die richtigen Fragen stellen: Wollen wir höhere Preise für landwirtschaftliche Rohprodukte bezahlen als die Österreicher? Ja oder nein? Sollen die Schweizer Bauern pro Hektare mehr Subventionen bekommen als ihre österreichischen Berufskollegen? Ja oder nein? Sollen wir die Bäuerinnen und Bauern weiterhin strukturerhaltend subventionieren? Oder sollen wir sie wie in Österreich sozialverträglich frühpensionieren? Ja oder nein? Wer vor dem Strukturwandel Angst hat, schützt wie die gewerkschaftliche Linke nicht nur die politischen Homelands der SVP. Nein, er verhindert damit über die Abschottung der nachfolgenden Verarbeitungs-

und Verteilstrukturen den notwendigen Umbau der Binnenwirtschaft, die so effizient wie die Exportwirtschaft werden kann und muss.»

Les extrêmes se touchent,

sagt der Franzose. Die Extreme berühren sich. Angesichts des von Bodenmann geforderten Strukturwandels hören sich die Pläne von Bundesrat Pascal Couchepin und des Bundesamtes für Landwirtschaft BLW direkt moderat an. Neoliberales Denken zeichnet beide aus, den SP-Mann und den Wirtschaftsflügel der FDP. Aber was soll's? Gemäss Bundesrat Couchepin leiden alle, die in den bestehenden bäuerlichen Strukturen noch einen Sinn sehen, ohnehin an einem ‚nostalgischen Realitätsverlust‘. ‚Bauernopfer‘ ist nicht nur ein Begriff aus dem Schachspiel. Für Tausende Bauernfamilien ist er bittere Realität. Das Trauerspiel um die bankrotte Swiss Dairy Food und die damit begründeten Milchpreissenkungen sind ein weiteres Beispiel dafür.

Ich fragte NR Andrea Hämmerle, Biobauer und SP-Mitglied wie Peter Bodenmann, ob wir uns von Seiten der SP auf Vorstösse in die von Peter Bodenmann anvisierte Richtung gefasst machen müssten und ob die SP ein Rezept habe, wie sie angesichts wieder steigender Arbeitslosenzahlen die von der Landwirtschaft zusätzlich freigestellten Menschen beschäftigen wolle. Leider will Andrea Hämmerle nicht auf die Frage eingehen und schrieb mir, er sei zwar auch nicht mit allem einverstanden, aber «ich weigere mich standhaft, mich auf ein öffentliches Hickhack mit meinem ehemaligen Parteipräsidenten einzulassen». Dabei geht es überhaupt nicht um ein öffentliches Hickhack, sondern um eine sachliche Diskussion über existenzielle Fragen von 50'000 Bauernfamilien.

W. Scheidegger

PS: Ich hoffe sehr, dass Peter Bodenmann in seinem Hotel in Brig ‚österreichische Preise‘ verrechnet!

Vergrossern allein macht nicht selig

Emil von Allmen rückt die Provokation von Peter Bodenmann ins richtige (SP-)Licht. Red.

Peter Bodenmann teilt gerne aus und liebt die Provokation. Mit Vorliebe nimmt er seine eigene Partei, die er vor Jahren als Präsident erfolgreich führte, aufs Korn. Ungefragt erteilt er Ratschläge, mischt sich ein und be-

lehrt seine Nachfolgerinnen und Nachfolger in der SP-Leitung. Und dazu pflegt er noch ein besonderes Hobby:

Die Landwirtschaftspolitik. Hier schlägt er mit dem Zweihänder drein ohne Rücksicht auf Verlu-

ste. Dabei kümmert ihn die offizielle SP-Agrarpolitik nicht, denn er weiss es besser...

Kein Kerngeschäft der SP

Für die Sozialdemokratische

Partei ist Landwirtschaftspolitik, geschichtlich bedingt, sicher nicht ein Kerngeschäft. Sie hat aber immer wieder ihre Position definiert und die heutige Ausrichtung der Agrarpolitik massgeblich mitgeprägt. Zuletzt hat

die SP Schweiz im Juni 2001 an ihrem Parteitag ein Positionspapier dazu verabschiedet. Dies gilt nun als Leitfaden für die massgeblichen Kräfte in der SP.

Direktzahlungen als verdienter Lohn

Die SP setzt sich für ökologisch produzierende Bauernbetriebe ein, denen ihre gemeinwirtschaftlichen Leistungen durch Direktzahlungen abgegolten werden sollen. Direktzahlungen werden von der SP nicht nur zur Einkommenssicherung oder als Strukturhaltungsmassnahme verstanden. Sie sollen verdienter Lohn sein für Leistungen, welche im Interesse der Gesellschaft erbracht werden, wie Gestaltung der Kulturlandschaft, Erhalt der natürlichen Ressourcen und artgerechte Tierhaltung. Bauernfamilien, die mit Überzeugung diese Leistungen erbringen, können mit gutem Gewissen ihre Direktzahlungen entgegennehmen.

Chancen selber wahrnehmen

Auf der andern Seite erwartet die SP aber, dass die Bauernfamilien selber ihre Chancen am Markt als Unternehmer wahrnehmen. Da möchte sie möglichst auf staatliche Eingriffe verzichten. Einzig als Anreiz zum Aufbau regionaler Märkte wer-

den hier staatliche Mittel als gerechtfertigt angesehen. Gelder, die heute zur Unterstützung der Produktion und des Absatzes ausbezahlt werden, möchte die SP lieber als ökologische Direktzahlungen einsetzen.

Der Strukturwandel stösst längst an Grenzen

Mit seinen Vorstellungen bezüglich anzustrebender Anzahl und Grösse der Betriebe liegt Peter Bodenmann völlig neben der definierten SP-Politik. Die SP achtet nicht die Grösse eines Betriebes als massgebendes Kriterium, sondern die Innovationsfähigkeit und die Erfüllung des dreiteiligen Verfassungsauftrages: Produktion gesunder Nahrungsmittel, Gestaltung der Kulturlandschaft und die dezentrale Besiedlung. Besonders im Berggebiet stösst der Strukturwandel längst an Grenzen. Die Arbeitsbelastung vieler Bergbauernfamilien ist schon heute extrem hoch und Rationalisierungen sind aufgrund der Topografie nur sehr beschränkt machbar. Wenn die Gesellschaft will, dass unsere Bergtäler weiterhin bewohnt bleiben, dann muss sie dafür auch bezahlen. Dazu das SP-Positionspapier: «Es macht keinen Sinn, wenn sich Menschen in Randregionen unter wirtschaftlichem Druck in wirtschaftlichen Ballungszentren niederlassen. Eine Entsiedlung von Regionen

darf nicht in Kauf genommen werden.» Insbesondere wenn sie dort dann keine Arbeit finden, kommen sie den Staat schlussendlich teurer zu stehen, rechnet die SP vor.

Hohe Preise haben ‚schweizerische‘ Gründe

Was die oft angeprangerten im internationalen Vergleich teuren Nahrungsmittelpreise betrifft, hält die SP in ihrem Papier unmissverständlich fest, dass diese auch ihre spezifisch «schweizerischen» Gründe haben. Einerseits ist beim Vergleich die Kaufkraft zu beachten, andererseits das hohe Kostenumfeld und die höheren Auflagen betreffend Tierschutz und Umwelt. Gerade linke Kreise sind oft bereit, sofern finanziell in der Lage, höhere Nahrungsmittelpreise zu bezahlen, wenn diese ökologisch produziert und qualitativ einwandfrei sind.

Wo die SP aber nicht Hand bietet, das ist bei der von der SVP geforderten Privilegienwirtschaft, wie der Befreiung der Produktionsmittel von der Mehrwertsteuer und der landwirtschaftlichen Transporte von der LSVA oder anderer steuerlicher Begünstigungen. Solche Massnahmen würden falsche Anreize schaffen und wären ungerecht. Dies würde die Solidarität der übrigen Bevölkerung untergraben.

Konsequente Ökologisierung eröffnet Marktchancen

Die SP Schweiz ist überzeugt, dass eine konsequente Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion mit einer kunden- und qualitätsorientierten Profilierung den Schweizerbauern echte Marktchancen eröffnet. Zusammen mit den Direktzahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen sollten so die Bauernfamilien auch in Zukunft eine sichere Existenz finden, sofern sie bereit sind, sich immer wieder den Herausforderungen zu stellen.

Als Bio-Bergbauer und SP-Politiker kann ich mich sehr gut mit der SP-Agrarpolitik gemäss gültigem Positionspapier identifizieren. Dieses Papier kann aber nicht verhindern, dass sich gelegentlich SP-Exponenten zu «unsensiblen» Äusserungen hinreissen lassen, die eher damit zu tun haben, dass sich die Bauernpolitiker in fast allen andern Politikbereichen gerne gegen die SP-Anliegen stellen und oft – wenn es nicht im Eigeninteresse liegt – eine unsolidarische Haltung einnehmen. Davon kann ich auch aus dem Grossrat ein Lied singen...

*Emil von Allmen, Gimmelwald
Bio-Bergbauer und SP-Grossrat*

Bauer gegen Bauern

«Auch Subventionen für die Landwirtschaft kann man senken. Zum Beispiel geben wir 440 Millionen für biologische Produkte aus, damit sie der Konsument nicht voll bezahlen muss. Das kann man ruhig überprüfen.»

Hermann Weyeneth, Landwirt und Präsident SVP Kanton Bern in einem Interview im ‚Bund‘

Sr. Wer hat da gesagt, die Biobauern seien Spalter der Land-

wirtschaft? Grundsätzlich kann man sich durchaus fragen, wer von den Agrarsubventionen am meisten profitiert, die Konsument/innen, die Verarbeiter oder die Bauernfamilien. Aber das gilt für alle inländischen Agrarprodukte. Somit besteht überhaupt kein Grund, die Biobauern speziell ins Visier zu nehmen. Denn sie sind die Schrittmacher der von allen bäuerlichen Meinungsbildnern immer wieder

herausgestrichenen Ökologisierung der Landwirtschaft.

Wenn nun der Gesetzgeber diese Leistungen mit etwas höheren Direktzahlungen und die KäuferInnen von Bioprodukten mit etwas höheren Preisen honorieren, ist dies nichts als billig. Eine höhere Qualität oder ein höherer innerer Nutzen wird auch bei Industriegütern oder Dienstleistungen besser bezahlt. Die Schweizer Bauern können weder

auf dem EU- noch auf dem Weltmarkt preislich mithalten, auch wenn dies in AP 2007 und Horizont 2010 noch postuliert wird. Die Käsehändler hätten diesen Beweis längst antreten können. Somit ist es logisch zu versuchen, die Wertschöpfung im Inland zu verbessern. Das tun die Biobauern. Es verlangt schliesslich auch niemand, einen Porsche zum Preis eines VW kaufen zu können.